
Berset pokert hoch

Sozialminister Alain Berset setzt bei der Reform der Altersvorsorge alles auf eine Karte. Kommt er durch, ist er der strahlende Sieger. Scheitert er, sind die anderen schuld.

Text: Martin Vetterli und Bernhard Raos

Foto: Christian Schnur

Früher oder später geht Alain Bersets Reform der Altersvorsorge uns alle an. Denn sie wird darüber entscheiden, wie lange wir arbeiten müssen, wie viel Rente wir erhalten werden und wer dann wie viel für unsere Renten zahlen muss. Und alle wissen: Wie bisher kann es nicht weitergehen. Sonst wird die AHV jährlich Milliardenverluste einfahren, und die berufliche Vorsorge gerät vollends aus dem Gleichgewicht. Wir müssen die Altersvorsorge dem demografischen Wandel anpassen. Die Frage ist nur: wie? Darüber streiten sich Parteien und Verbände seit Jahren so heftig, dass sich alle gegenseitig blockieren.

Die Berset-Reform, die noch bis Ende März in der Vernehmlassung ist, versucht, aus diesem Patt herauszukommen. Nur hat es der Freiburger bis heute versäumt, eine Lobby für die wichtige Reform aufzubauen. Prompt hat sie eigentlich nur Gegner.

Die Idee, AHV und berufliche Vorsorge auf einen Schlag zu reformieren, findet zwar Anklang. «Schliesslich interessiert uns doch, womit wir im Alter insgesamt rechnen dürfen oder müssen», wie Berset sagt. Aber die meisten kritisieren, sein Reformvorschlag sei unausgewogen und verlange zu viele Opfer – zumindest von ihrer eigenen Klientel. Hat sich der gewiefte Taktiker schon bei seinem ersten grossen Geschäft als Bundesrat grandios verschätzt? Begehrt er womöglich gar politischen Selbstmord?

Wohl kaum. Kommt die Reform durch, geht Alain Berset wie einst SP-Bundesrat Hans Peter Tschudi vor ihm in die Geschichte der AHV ein. Scheitert sie, waren die anderen schuld, die ihre Eigeninter-

sen über das Gemeinwohl gestellt haben. Das ist das Clevere an seiner Taktik: Er kann eigentlich nicht verlieren. Im grossen Poker um die Zukunft der Altersvorsorge hat er ein vielversprechendes Blatt.



Die erste Karte:

65 UND NICHT MEHR

Die Freisinnigen werden sich nur ungern daran erinnern: 2003 eröffnete der damalige Bundespräsident Pascal Couchepin den Wahlkampf auf die ihm eigene Art – mit einem Tabubruch. Für den Walliser gab es keinen Zweifel: Weil wir immer älter werden, müssen wir auch länger arbeiten und können erst mit 67 in Rente gehen. Das Resultat von Couchepins Coup: Die FDP erlitt eine Wahlschlappe historischen Ausmasses. Noch weiter ging Bruno Pfister. Der Chef des Versicherungskonzerns Swiss Life forderte, wann immer er eine Plattform bekam, eine Erhöhung des Rentenalters auf 70. Seit er letztes Jahr seinen Job schmiss und mit 53 Jahren in den unruhigen Ruhestand ging, ist es aber auffällig ruhig um seine Forderung geworden.

Solche Fehler unterlaufen dem Vollblutpolitiker Berset nicht, der mit 27 in den Freiburger Verfassungsrat, mit 31 in den Ständerat und mit 39 in den Bundesrat gewählt wurde. Er setzt auf das, was machbar ist und beim Publikum ankommt: keine Rentenkürzungen und kein Rentenalter über 65. Dass die Frauen ein Jahr länger arbeiten müssten, ist vor allem für seine Sozialdemokraten eine bittere Pille. Sie sträuben sich und fordern, dass Frauen zu-

erst den gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten müssten. Weil unsere Lebenserwartung steigt, die Babyboomer in Pension gehen und immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen, muss aber auch die Linke irgendwann Zugeständnisse machen. Sonst wird das Rentenalter 67 schleichend eingeführt, wie dies viele Bürgerliche wollen.

Alain Berset dagegen fordert ultimativ den Kompromiss: Wer das Rentenalter 65 nicht akzeptiert, gefährdet die ganze Reform. Und sei dann verantwortlich, wenn das Rentensystem gegen die Wand fahre.

Ohne grosse Korrekturen hat das heutige Modell keine Zukunft. Wenn nichts geschieht, schreibt die AHV in ein paar Jahren garantiert Milliardenverluste. Das will der studierte Ökonom verhindern.

Die zweite Vorbedingung für seine Reform: Die Renten dürfen nicht sinken. Der SP-Bundesrat beruft sich dabei auf die Bundesverfassung. Sie garantiert, dass man nach der Pensionierung die «gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise» weiterführen kann. Erste und zweite Säule sollen mindestens 60 Prozent des letzten Bruttoeinkommens abdecken.



Die zweite Karte:

ZWEI SÄULEN, EIN PAKET

Bersets zweite Karte verbindet welsche Souplesse mit Deutschschweizer Pragmatismus. Anders als seine Vorgänger will er das Vorsorgesystem nicht in kleinen Schritten reformieren, sondern wagt mutig den grossen Sprung nach vorn. Dafür

Die Noten für Bersets Reform

«Die Reform gelingt, weil AHV und zweite Säule gemeinsam angepasst werden.»

Punkte für die Reform: 5 von 10

Doris Bianchi, geschäftsführende Sekretärin, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

«Die Reform scheitert, weil der Bundesrat zwar die Herausforderung richtig beurteilt, aber wenig kreative, zu einseitig auf neue Einnahmen gerichtete

Lösungen vorschlägt. Die kumulierte Gegnerschaft wird das Projekt ablehnen, und in einer Volksabstimmung hätte dieses Gesamtpaket keine Chance.»

Punkte für die Reform: 4 von 10

Toni Bortoluzzi, SVP-Nationalrat

«Die Reform gelingt, wenn die AHV gestärkt wird, unter dem Strich keine Rentenkürzung herauschaut und das höhere Frauenrentenalter die nötigen Fortschritte bei der Lohngleichheit bringt.»

Punkte für die Reform: 6 von 10

Jacqueline Fehr, SP-Nationalrätin

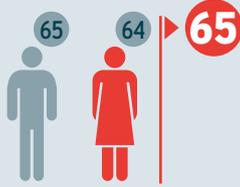
Altersvorsorge: Das will Berset

AHV-Alter 65 für Frauen und Männer, Senkung des Umwandlungssatzes, Finanzierung via Mehrwertsteuer, weniger Gewinn für Lebensversicherer: Das sind die Eckpunkte der von Bundesrat Alain Berset angestrebten Reform.

RENTENALTER

Angleichung

Das Rentenalter für Frauen wird um ein Jahr auf 65 angehoben.



Referenzrentenalter

Pensionierungen sind erst ab 62 möglich. Wer vor 65 aufhört zu arbeiten oder sein Pensum reduziert, dem wird die Rente gekürzt. Arbeitet jemand länger, gibts mehr. Spätestens mit 70 muss aber die ganze Rente bezogen werden.

KOSTENBREMSE

Der Bund möchte verhindern, dass die AHV in finanzielle Schieflage gerät. Der neue Interventionsmechanismus: Drohen die Einnahmen der AHV unter 70 Prozent der Ausgaben zu sinken, wird ein zweistufiges Verfahren in Gang gesetzt: Zuerst erhält das Parlament Gelegenheit, Massnahmen zu ergreifen, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Gelingt das nicht, kann der Bundesrat korrigierend eingreifen.



PENSIONS-KASSEN

Renten kürzung

Der Umwandlungssatz der Pensionskasse sinkt von 6,8 auf 6,0 Prozent. Für eine Sparsumme von 100 000 Franken erhält man pro Jahr nur noch 6000 Franken Rente. Im Gegenzug gibt es Massnahmen, um diese Kürzung auszugleichen:

Eintrittsschwelle

Die Eintrittsschwelle für die berufliche Vorsorge wird von heute gut 21 000 auf 14 000 Franken gesenkt.

Einzahlungen

Bis zum 55. Altersjahr müssen mehr Lohnprozente eingezahlt werden. 35- bis 44-Jährige: 11,5 statt 10 Prozent
45- bis 54-Jährige: 17,5 statt 15 Prozent

Übergangsfonds

Schaffung eines Übergangsfonds für die über 40-Jährigen während höchstens 25 Jahren.

Überschussverteilung

Die Versicherten sollen stärker am Gewinn des Versicherungsgeschäfts beteiligt werden.

Aufsicht und Transparenz

Ausserdem sollen Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz und der Aufsicht der Pensionskassen getroffen werden.

FINANZIERUNG

Mehrwertsteuer

Zur Finanzierung der AHV wird die Mehrwertsteuer von acht auf maximal zehn Prozent erhöht. Das erste Prozent fix ab 2020, das zweite bei Bedarf gegen 2030. Damit tragen nicht nur die Erwerbstätigen die Kosten der Reform, sondern auch die Pensionierten. Eine reine Finanzierung über Lohnbeiträge würde die Solidarität zwischen Jung und Alt noch stärker belasten.



Beitragsgerechtigkeit

Die Beitragsätze von Arbeitnehmern und Selbständigerwerbenden werden vereinheitlicht. Zudem wird ein Steuerprivileg für Selbständige beim Abzug vom AHV-pflichtigen Lohn gestrichen.



PIKTOGRAMME: BEOBACHTER/REH

«Die Reform scheitert, weil sie sich zu viel aufs Mal vornimmt. Dadurch explodiert die Komplexität der Debatte, und man verliert den Fokus aufs Wesentliche: eine nachhaltige Finanzierung der Altersvorsorge.»

Punkte für die Reform: 6 von 10
Jérôme Cosandey, Projektleiter
Avenir Suisse

«Die Reform muss gelingen, denn wir stehen in der Verantwortung. Wir müssen uns zusammenraufen! Ob die jetzige grosse Kammer vor den Wahlen 2015 die Fähigkeit für einen Kompromiss hat, daran zweifle ich aber.»

Punkte für die Reform: 7 von 10
Christine Egerszegi, FDP-Ständerätin

«Die Reform gelingt, weil wir mit Nichtstun die nächste Generation um eine sichere und leistungsfähige AHV und zweite Säule betrügen.»

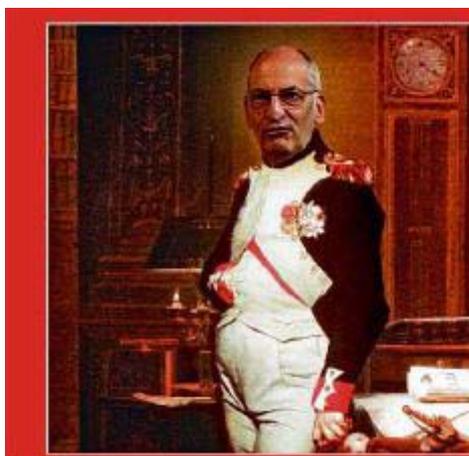
Punkte für die Reform: 6 von 10
Urs Swaller,
CVP-Ständerat

erhält er selbst von seinen Gegnern Applaus.

Die Geschichte spreche für eine Paketlösung, wiederholt Berset mantraartig, seit er mit seinem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten ist. Alle Reformversuche der letzten 15 Jahre seien daran gescheitert, dass ihnen ein Gesamtkonzept gefehlt habe und sie jeweils nur einer Seite Opfer abverlangt hätten. Bei seiner Reform gibt es weder Sieger noch Verlierer. Alle müssen von liebgeordneten Positionen abrücken. Und weil das so ist, können die Kontrahenten Kompromisse eingehen, ohne das Gesicht zu verlieren.

Doch die Alles-oder-nichts-Strategie ist riskant. Bersets Parteikollege und Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm fürchtet ein «kumuliertes Nein». Bei einer Gesamtkonzeption mit vielen Variablen türmten sich jeweils die unterschiedlichsten Neinstimmen zu einer Neinmehrheit auf. Die «Weltwoche» unterstellt Berset deswegen niedrigere Motive: «Wer auf das Scheitern abzielt, plant den grossen Wurf.»

Bersets These, nur ein Gesamtkonzept habe Chancen, beim Volk durchzukommen, leuchtet zwar ein. Schaut man aber genauer hin, merkt man: Bei jeder Vorlage gab es jeweils unterschiedliche Gründe für das Scheitern. Etwa bei der 11. AHV-Reform: Hier gingen die Kürzungen der SP zu weit und der SVP nicht weit genug. Am Schluss versenkten sie gemeinsam die Neuaufgabe der Reform bereits im Parlament.



Hände weg von unserer AHV, Majestät!

SP
klar.sozial

Die AHV - immer wieder ein emotionales Thema: Wahlplakat der SP Schweiz, 2003



Die dritte Karte:

DIE LIEBSTE STEUER DER POLITIKER

Für seine Reform muss Sozialminister Berset neue Geldquellen erschliessen – er will dafür die Mehrwertsteuer in zwei Schritten von heute acht auf zukünftig zehn Prozent erhöhen. Das ist zwar nicht sehr originell, aber trotzdem ein eleganter Zug. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist das kleinere Übel im Vergleich zu höheren Abgaben auf dem Lohn, gegen die sich die Wirtschaft und die bürgerlichen Parteien mit Händen und Füßen stemmen. Denn hohe Einkommenssteuern kosten Kaufkraft, und hohe Gewinnsteuern schmälern die Standortattraktivität, so ihr Argument.

Höhere Abgaben auf Arbeit würden auch gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit verstossen. Nur die arbeitende Bevölkerung müsste dann die Kos-

ten der Reform tragen. Schon heute kommt auf vier Beitragszahler ein Rentner, in 40 Jahren wird das Verhältnis zwei zu eins betragen. Auch das spricht für die Mehrwertsteuer: weil dann der Konsum besteuert wird und die immer zahlungskräftigeren Rentner ebenfalls ihren Beitrag leisten.

Wirtschaft und Gewerbe laufen noch aus einem ganz anderen Grund Sturm gegen die Reform. Berset habe es verpasst, genügend Sparmöglichkeiten einzubauen. Mehreinnahmen von 9,5 Milliarden Franken stünden geplanten Nettoeinsparungen von nur knapp einer Milliarde gegenüber. Gewerbeverbandsvize Kurt Gfeller spricht deshalb vom «mit Abstand teuersten Sozialversicherungspaket, das die Schweiz je gesehen hat». Es sei ein «Raubzug auf Erwerbstätige und Arbeitgeber».

Aber auch die künftigen Rentner müssen eine Kröte schlucken. Die ist immerhin weniger fett, als es den Anschein hat. Die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,0 Prozent bedeutet zwar, dass Renten aus der

FOTO: SP SCHWEIZ

Alle gegen Alain

Die ersten Reaktionen auf die Berset-Reform zeigen: Alle sind zwar

Die Parteien: Einig in der Uneinigkeit

SVP: Bersets Paketlösung sei ein überdimensioniertes Reformpaket und von daher zum Scheitern verurteilt. Die SVP fordert eine raschere Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau auf 65 und eine Schuldenbremse bei der AHV, die nicht einseitig über Mehreinnahmen saniert werden soll.

SP: Der Umwandlungssatz dürfe nicht angestastet werden, und das höhere Rentenalter für Frauen werde erst diskutiert, wenn Lohngleichheit herrsche und Frührenten für alle Einkommen möglich seien. Die SP fordert höhere AHV-Renten und unterstützt die Initiative «AHV plus» der Gewerkschaften.

CVP: Der Umwandlungssatz soll nicht mehr gesetzlich, sondern nach einer technischen Formel festgelegt werden. Alle sollen bereits mit 20 in die zweite Säule einzahlen. Das Alterskapital soll primär als Rente bezogen werden. Die CVP wehrt sich auch gegen Einsparungen bei Witwenrenten.

FDP: Die Mittel, die das Rentenalter 65 für alle bringe, sollen nur für die Stabilisierung der AHV verwendet werden. Die vorgeschlagene AHV-Schuldenbremse greife zu wenig. Zudem müssen laut FDP «in der beruflichen Vorsorge die technischen Parameter rasch entpolitisiert und die systemwidrige Umverteilung gestoppt werden».

BDP: Das Festhalten am Rentenalter 65 hält die BDP für einen Fehler. Stattdessen fordert sie eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters, die sich automatisch der Lebenserwartung anpassen soll. Eine Vermischung von AHV und zweiter Säule lehnt die BDP ab.

beruflichen Vorsorge um beinahe zwölf Prozent tiefer ausfallen werden. Doch diese Kürzungen werden durch Gegenmassnahmen entschärft (siehe Grafik, Seite 21). Und sämtliche Spargelder, die überobligatorisch versichert sind, sind nicht betroffen. Die werden schon jetzt zu teilweise noch tieferen Sätzen gewandelt.

Trotzdem ist die Senkung des Umwandlungssatzes der wohl unpopulärste Punkt der Reform. Man erinnere sich: Vor vier Jahren sprachen sich 72,7 Prozent der Stimmberechtigten gegen eine Vorlage aus, die den Umwandlungssatz auf 6,4 Prozent fixieren wollte. Damals waren aber keine Kompensationen vorgesehen, um die Rentenkürzungen aufzufangen.



Die vierte Karte: DIE UNEINIGKEIT DER GEGNER

Diese Karte hat schon einmal gestochen. Bei der 11. AHV-Revision neutralisierten sich die Parteien SVP und SP gegenseitig und brachten die Vorlage gemeinsam zum Scheitern. Das weiss Berset. Deshalb verzichtete er bisher darauf, eine starke Lobby für sich aufzubauen. Denn seine Taktik funktioniert nur, wenn möglichst lange alle grosse Vorbehalte haben und er als Schiedsrichter auftreten kann, der notfalls die gelbe Karte zückt.

Das hat bislang überraschend gut funktioniert. Zum Beispiel Ende November in der «Arena» des Schweizer Fernsehens, als des Sozialministers etwas pathetisch geratener Aufruf zu einem neuen Denken von den Streithähnen fast widerstandslos hingenommen wurde. Hardliner wie Jürg Stahl von der SVP und Hans Stöckli von der SP wirkten plötzlich wie Schüler, die das eben Gelernte nun einstudieren wollen.

Zudem muss Berset mit allen Mitteln verhindern, dass sein Gesamtpaket in die Einzelteile zerlegt wird. Sonst wirkt sein Zauber nicht, der seine Gegner bisher gelähmt hat. Aber als Politfuchs weiss er, dass kleinere Korrekturen an der Reform möglich sein müssen. So ist offen, ob gewisse Teile früher in Kraft treten könnten oder die Kürzung der Witwenrenten auch etwas weniger heftig ausfallen dürfte. Wer Zugeständnisse machen kann, hat im Parlament bessere Chancen, ans Ziel zu kommen.



Die fünfte Karte: ISTS EINE NIETE?

Wenn überhaupt, decken Pokerspieler ihre Karten erst am Schluss auf. Das macht auch Berset so. Und sagt, er habe keinen Plan B in der Hinterhand, falls die Reform scheitern sollte. Damit setzt er seine Gegner unter Zugzwang. Und je mehr Zeit verstreicht, desto besser für ihn.

Denn in fünf Jahren wird die AHV hohe Millionenverluste machen und die Umverteilung in der beruflichen Vorsorge gefährliche Ausmasse annehmen. Man muss kein Prophet sein: Der Leidensdruck wird dann derart gross sein, dass viele die Vorlage als das kleinere Übel in Kauf nehmen und trotz Vorbehalten zustimmen werden.

Die grösste Gefahr droht dem SP-Bundesrat deshalb im Parlament. Wenn er aber seine Reform einigermassen unbeschadet in die Volksabstimmung retten kann, hat er beste Karten in der Hand. Und allzu viel Angst, dass die Jungen die Vorlage dann noch torpedieren können, muss der Sozialminister nicht haben. Schliesslich wollen nicht nur die Rentner von einer guten Rente profitieren, sondern auch viele, die noch voll im Arbeitsleben stehen. Wer mit 45 etwas für seine Altersvorsorge unternimmt, hat fast automatisch grosses Verständnis für die Anliegen der Pensionierten.

Das Problem des Pokerspielers Alain Berset ist auch ein anderes. Vielleicht ist ja Demokratie viel banaler als das komplexe Spiel mit den Karten. Selbst wer mit einem Royal Flush die bestmöglichen Karten in der Hand hat und seine Mitspieler perfekt blufft, kann noch verlieren. Denn das Einzige, was in einer Volksabstimmung zählt, sind nackte Zahlen. Man muss mehr Stimmen holen als die Gegner. ■

.....
Lesen Sie zum Thema auch das Interview auf den nächsten Seiten.

im Prinzip dafür - aber vor allem dagegen.

Sozialpartner: Nein und nochmals nein

Gewerkschaftsbund: Die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,0 Prozent sei nicht hinnehmbar, sie bedeute die grösste Rentensenkung aller Zeiten. Der SGB will vielmehr mit der Initiative «AHV plus» höhere Renten durchsetzen. Er lehnt das höhere Rentenalter 65 für Frauen und das neue Pensionierungsfenster 62/70 ab.

Arbeitgeberverband: Die Reform finanziere sich einseitig über Mehreinnahmen und sei überzogen. Die Altersvorsorge müsse rascher reformiert werden, und einzelne Teile müssten vorgezogen werden. Eine moderate höhere Mehrwertsteuer gebe es nur, wenn auch das Rentenalter schrittweise angehoben werde.

Gewerbeverband: Die Berset-Reform drossle Konsum und Wirtschaftswachstum, weil sie vor allem auf Mehreinnahmen setze. Deshalb sei sie ein absolutes No-Go. Erwerbstätige koste sie mindestens 1000 Franken pro Jahr. Um die höheren AHV-Ausgaben zu finanzieren, müsse man das Rentenalter in Monatschritten erhöhen.

Versicherer, Pensionskassen: Ja, aber

Versicherungsverband: Das Rentenalter 65 für Frauen sei nötig, genüge aber nicht. Die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,0 Prozent sei völlig richtig. Die Versicherer wehren sich dagegen, dass sie weniger als zehn Prozent der Erträge für sich behalten können, die sie mit Vorsorgegeldern erzielen.

Pensionskassenverband: Die Reform sei eine gute Diskussionsgrundlage, aber nicht. Die Fuder dürfe aber nicht überladen werden. Wichtig seien das Referenzalter 65 für alle, ein Umwandlungssatz von 6,0 Prozent und die Erhaltung des heutigen Leistungsniveaus. Abzulehnen sei, dass man erst mit 62 in Pension gehen darf.

«Es müssen alle Karten auf den Tisch»

Bundesrat Alain Berset über die Chancen seiner Rentenreform, widerspenstige Gegner und mögliche Kompromisse. Transparenz und Zeit sollen die Lösung bringen.

Interview: Bernhard Raos und Martin Vetterli; Fotos: Christian Schnur

Beobachter: Die Reform der Altersvorsorge ist derart komplex, dass man sich unweigerlich fragt: Muss man ein guter Pokerspieler sein, um am Ende Erfolg zu haben?

Alain Berset: Ich habe nur einmal versucht zu pokern. Ohne jeden Erfolg! Aber es geht hier auch nicht ums Pokern, wo geblufft und mit verdeckten Karten gespielt wird. Die Reform der Altersvorsorge hat nur Chancen, wenn alle Karten auf dem Tisch sind. Deshalb hat der Bundesrat von Beginn an offen und transparent informiert – und das schon dreimal, bevor er das Geschäft in die Vernehmlassung geschickt hat. Nur so kann man Vertrauen schaffen.

Wie viel des Vorschlags ist von Ihnen?

An einer Vorlage von solcher Tragweite arbeiten viele Menschen und die verschiedensten Ämter mit. Von daher ist es mühsig, zu fragen, welcher Input von wem stammt. Als Vorsteher des Departements des Innern vertrete ich als zuständiges Regierungsmitglied gegenüber der Öffentlichkeit die Position, die wir im Bundesrat gemeinsam erarbeitet haben.

Mit Herzblut?

Absolut! Und im Wissen, dass nur ein ausgewogenes Projekt beim Volk eine Mehrheit finden kann. Parteien und Verbände müssen am Schluss von ihren Maximalforderungen abrücken – im Interesse einer Gesamtlösung. Für den Bundesrat war übrigens immer klar: Bei einem so bedeutsamen Projekt muss das Volk das letzte Wort haben. Das gehört zu unserem System, und das ist auch gut so.

Hat es Sie als Sozialdemokraten getroffen, dass ausgerechnet die Gewerkschaften und Ihre eigene Partei die Vorlage in ersten Reaktionen klar abgelehnt haben?

Es gab Reaktionen von allen Seiten. Die einen sagen, die Reform führe zu einer Senkung der Renten, andere meinen, der Vorschlag sei zu wenig mutig, oder fordern eine Erhöhung des Rentenalters auf über 65 Jahre. Das ist normal. Wir haben einen Prozess angestoßen, und es braucht Zeit, zu einer definitiven Entscheidung zu kommen.

Der Gewerbeverband behauptet, die Reform sei unsozial. Was sagen Sie dazu?

Noch vor zwei, drei Monaten wollte sich der Gewerbeverband nicht einmal auf die Vorlage einlassen. Er war mit dieser Position aber ziemlich allein. Entscheidend für mich ist, dass es eine grosse Bereitschaft gibt, über den bundesrätlichen Vorschlag zu diskutieren. Aber was bitte soll daran unsozial sein?

«Ich bin kein Pokerspieler, ich bin Politiker. Das ist nicht dasselbe.»

Alain Berset, Bundesrat

Gewerbeverband und Gewerkschaften monieren, die Reform belaste die unteren Einkommen, weil bereits 25-Jährige in die Pensionskasse einzahlen müssen und die Lohnanteile für unter 45-Jährige steigen sollen. Das treffe kleine Einkommen ungleich stärker.

Vorneweg möchte ich festhalten: Oberstes Ziel des Bundesrats ist der Erhalt des heutigen Rentenniveaus. Betrachtet man nur einen Teil des Bilds, wird man nie eine

ganzheitliche Perspektive entwickeln können. Was man in seine Altersvorsorge einzahlte, muss man immer mit dem vergleichen, was man später als Rente erhält. Die höheren Beiträge verhindern einmal generelle Rentensenkungen. Ausserdem zeigen die Zahlen, dass die Reform dazu führt, dass Personen mit tiefen Einkommen zu einem erheblichen Teil von höheren Pensionskassenrenten profitieren werden. Unsozial wäre es, wenn man nichts gegen eine ungenügende Finanzierung der Pensionskassen unternimmt und damit die Renten längerfristig gefährden würde. Das hätte ungleich gravierendere Folgen. Das wollen wir verhindern.

Wie soll das geschehen?

Leute, die Teilzeit arbeiten und nur wenig verdienen, sollen nicht länger von der zweiten Säule ausgeschlossen bleiben und dann im Alter auf Ergänzungsleistungen angewiesen sein. Das ist unverantwortlich und auch nicht im Interesse von Gemeinden und Kantonen, die die Kosten von Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen zur Hauptsache tragen müssen. Der Bundesrat sucht nach Lösungen, bei denen alle Akteure ihren Teil der Verantwortung übernehmen.

Die unteren Einkommen profitieren von der Reform, wie Berechnungen aus Ihrem Departement zeigen. Bezahlt also wieder einmal der Mittelstand die Zeche?

Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Lasten so breit wie möglich verteilt werden müssen. Deshalb schlägt er eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor. Das ist nicht sehr populär. Aber was wären die Alternativen? Ein höheres Rentenalter trifft einseitig die arbeitende Bevölkerung, die entsprechend länger AHV-Beiträge entrichten muss. Man

Beobachter direkt

Was sagen Sie zu Alain Bersets Vorschlägen zur Rentenreform? Diskutieren Sie im Internet mit: www.beobachter.ch/direkt

könnte auch die Renten kürzen oder die Lohnabzüge erhöhen: Im einen Fall ginge die Reform auf Kosten der Rentner, im anderen Fall würde nur der arbeitende Teil der Bevölkerung zahlen. Bei der Finanzierung über die Mehrwertsteuer zahlen auch die Rentner ihren Teil. Diese Lösung ist letztlich auch generationengerecht.

Weil wir immer älter werden, wäre es doch logisch, das Rentenalter zu erhöhen.

Auch wenn heute im Gesetz Rentenalter 65 für Männer und 64 für Frauen festgeschrieben steht, ist die Realität eine andere. Wir gehen im Schnitt ein Jahr früher in Pension. Zudem reduzieren viele ihr Arbeitspensum vor der Pensionierung. Es bringt nichts, eine Debatte um theoretische Zahlen zu führen, sondern es geht darum, den effektiven Altersrücktritt so weit als möglich dem gesetzlichen Rentenalter anzunähern. Dafür müssen wir aber entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

Welche?

Die Menschen sollen generell länger arbeiten. Deshalb will der Bundesrat, dass in der beruflichen Vorsorge die Beitragszahlungen mit 55 nicht mehr steigen, sondern auf dem Niveau der 45- bis 55-Jährigen bleiben. Es soll auch möglich werden, Teilrenten zu beziehen. So kann man vor 65 das Pensum reduzieren und den Lohnausfall über den Bezug einer AHV-Teilaltersrente reduzieren. Das sind kleine, aber wichtige Punkte, um das reale Rentenalter zu erhöhen. Nicht zu vergessen, dass der Bundesrat Lösungen für Personen vorschlägt, die lange und hart gearbeitet haben, damit sie abgedeckt früher in Rente gehen können.

Ändert das Ja zur Zuwanderungsinitiative die Ausgangslage?

Für die Altersvorsorge ist ein stabiles Wirtschaftswachstum wichtig. Solange wir dieses haben, sehe ich keinen direkten Einfluss auf die Reform.

Die Wirtschaft wird wohl stärker auf ältere Arbeitnehmer angewiesen sein.

Wer mit Mitte 50 seinen Job verliert, hat es in der Regel schwer, eine neue Stelle zu finden. Die Rentenreform kann dieses Problem höchstens etwas abfedern, indem sie mit dem Bezug von Teilrenten einen Altersrücktritt in Raten ermöglicht. Aber viele Patrons von KMU-Firmen übernehmen ihre Verantwortung und beschäftigen

«Die Reform muss ausgewogen bleiben, damit sie auch bei der Bevölkerung eine Mehrheit findet.»

Alain Berset, Bundesrat

ihre Leute bis 65. Aber bis 67 oder noch länger ist für sie schwierig.

Wie gross sind die Chancen, dass die Reform im Parlament unbeschadet durchkommt?

Es gibt eine Zeit der Positionierung, in der alle ihre maximalen Forderungen stellen. Aber irgendwann muss man im Interesse einer Gesamtlösung darüber diskutieren, in welchen Punkten Kompromisse möglich sind. Man kann nicht noch einmal 15 Jahre mit einer richtigen Reform der ersten und zweiten Säule warten. Sonst wird die AHV im Jahr 2030 acht Milliarden Franken Defizit machen – und das jedes Jahr! Und wenn in der zweiten Säule nichts passiert, gefährdet man das ganze System. Wir befinden uns in einer Situation, in der das Parlament Verantwortung übernehmen muss.

Was heisst das konkret?

Die Reform muss ausgewogen bleiben, damit sie auch bei der Bevölkerung eine Mehrheit findet. Ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen.

Beobachter online

Im Internet finden Sie Zusatzinformationen zum Thema: www.beobachter.ch/ahv

Warum wollen Sie nicht einzelne Elemente vorziehen, zum Beispiel das höhere Rentenalter für Frauen oder die Schuldenbremse für die AHV?

Alle Revisionen, die nur einzelne Aspekte enthielten, sind zuletzt gescheitert. Nehmen Sie die Abstimmung zur Senkung des Umwandlungssatzes vor vier Jahren: Das Parlament war mehrheitlich dafür, fast drei Viertel des Volkes haben Nein gesagt. Für eine ausgewogene Lösung braucht es genügend Transparenz und Zeit.

Sie pokern also doch?

Nein. Ich bin kein Pokerspieler, ich bin Politiker. Das ist nicht dasselbe. Der Bundesrat setzt in der Reform auf grösstmögliche Transparenz. Es muss allen Versicherten klar sein, was sie bekommen und was die Reform sie kostet. Nur so kann man Vertrauen schaffen.

Warum soll das Volk einer Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,0 Prozent zustimmen, nachdem es 6,4 Prozent mit einer Dreiviertelmehrheit abgelehnt hat?

Der grosse Unterschied ist, dass mit dieser Reform die Renten nicht sinken. 2010 hätte der tiefere Umwandlungssatz dazu geführt, dass neue BVG-Renten um sechs Prozent

kleiner ausgefallen wären. Das ist jetzt anders. Für tiefere Einkommen werden die Renten sogar steigen.

Gegenwind kommt auch von den Gewerkschaften. Deren Initiative «AHV plus» ist ja wohl nicht vereinbar mit Ihrer Vorlage.

Es sind ja auch noch weitere Initiativen hängig, zum Beispiel diejenige zur Einführung der Erbschaftssteuer oder gegen die Plafonierung der AHV-Ehepaarrenten. Alle diese Vorschläge verbreitern die politische Diskussion.

Ihr Bundesamt lässt erst jetzt abklären, wie sich die Reform auf die Lohnkosten für die Wirtschaft und die Beschäftigungszahlen auswirkt. Ist das nicht etwas spät?

Die erwarteten Auswirkungen auf die Wirtschaft hat der Bundesrat in den Vernehmlassungsunterlagen aufgezeigt. Es geht nun darum, die Reform so aufzugleisen, dass Belastungen für die Wirtschaft möglichst gering ausfallen.

Was die Reform den Einzelnen kostet, rechnet uns der Gewerbeverband bereits genau vor.

Es ist unredlich, nur über die Kosten zu reden und zu verschweigen, was man im Gegenzug erhält. Wenn Sie Ihr Auto in den Service bringen, müssen Sie natürlich dafür bezahlen. Dafür bleibt es in Schuss. So ist es auch mit unserer Reform.

«Man kann nicht noch einmal 15 Jahre mit einer Reform der ersten und zweiten Säule warten.»

Alain Berset, Bundesrat

Einige Pensionskassen flexibilisieren die Renten. Andere legen eine Obergrenze für die Renten fest und zahlen den Rest als Kapital aus. Was halten Sie davon?

Eine Flexibilisierung verunsichert und schadet dem Vertrauen in das System, weil

die Höhe der Renten nicht mehr klar ist. Ausserdem stellen sich auch Fragen wie: Welche Rente ist garantiert, wenn eine Kasse in Konkurs geht? Und was gilt nach der Fusion von Kassen? Bei der Auszahlung des Kapitals muss man sich bewusst sein, dass dies Folgen für die Gesellschaft haben kann. Wenn ein Versicherter sein Alterskapital vorzeitig verbraucht, muss die Allgemeinheit einspringen.

Was geschieht, wenn die Altersvorsorge 2020 scheitert?

Dann türmen wir in der AHV jährlich Schulden auf, die sich rasch auf zig Milliarden addieren. Der AHV-Fonds wird sehr schnell leer sein. Aber am Schluss braucht es eine Lösung, einen Entscheid, wie es weitergeht.

Wenn Ihre Reform scheitert, ziehen Sie persönliche Konsequenzen?

Es ist nicht mein Reformvorhaben, sondern das des Bundesrats. ■

SCHULTHESS Waschmaschinen

Die richtige Wahl für Ihr Zuhause

Die Schulthess-Geräte werden mit viel Stolz und Engagement in Wolfhausen im Zürcher Oberland entwickelt und produziert! Wir leisten unseren Beitrag, damit heutige und künftige Generationen in einer intakten Umwelt leben können. Schulthess steht für:

- Äusserst leise im Betrieb
- Sehr einfache Bedienung
- Niedriger Strom- und Wasserverbrauch
- Robuste Bauweise und Langlebigkeit
- Schnelle Waschprogramme

Neu:
Bügel-Finish-Programm für knitterfreie Blusen und Hemden



SCHULTHESS

Wäschepflege mit Kompetenz

Sie finden uns im Fachhandel oder unter www.schulthess.ch

A+++

Swissmade



Finish
edition

